

Mittwoch, 23. Juli 2025
30. Woche / Nummer 167
Euro 2,60
www.sachsenheimerzeitung.de

SACHSENHEIMER ZEITUNG

AUSGABE DER
BIETIGHEIMER ZEITUNG
BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

SÜDWEST PRESSE Partner für den Landkreis Ludwigsburg · Unabhängiges und überparteiliches Presseorgan · ENZ- UND METTER-BOTE · BIETIGHEIMER TAGBLATT

Aus Stadt und Kreis



HB Ludwigsburg stellt Antrag auf Insolvenz

Ludwigsburg. Paukenschlag beim deutschen Meister: Die HBL GmbH & Co KG hat Antrag auf die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt und steht vor einer ungewissen Zukunft.
Aus Stadt und Kreis Seite 9

Die Gewerbesteuer bricht ein

Bietigheim-Bissingen. Der Gemeinderat hat am Dienstag den Nachtragshaushalt für 2025 verabschiedet, der ein Defizit von 10,5 Millionen Euro aufweist. Elf Räte stimmten dagegen.
Aus Stadt und Kreis Seite 11

Radwege in der Kommune sollen geordnet werden

Löchgau. Der Gemeinderat in Löchgau möchte eine Verbesserung des Radnetzes und ein Konzept, um die Nutzergruppen der Wege zu koordinieren.
Aus Stadt und Kreis Seite 13

Das Wetter

im Südwesten



Die Region online

Wie läuft der Tag in Bietigheim-Bissingen, in Bönnigheim, Sachsenheim und der Region Ludwigsburg? Alle Nachrichten gibt es zu jeder Zeit im Internet unter **bietigheimerzeitung.de** auf **Facebook** und **Instagram**
Die Region auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

BIETIGHEIMER ZEITUNG SACHSENHEIMER ZEITUNG BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

So erreichen Sie uns:

Leserservice/Abo-Hotline

Montag – Freitag, 7.30 – 16.00 Uhr
Samstag, 8.00 – 10.00 Uhr
Telefon 07142 / 403-231
Fax 07142 / 403-122
leserservice@bietigheimerzeitung.de

Anzeigen-Hotline

Telefon 07142 / 403-555
Fax 07142 / 403-125
anzeigen@bietigheimerzeitung.de

Picker-Hotline

Telefon 07142 / 403-261

Redaktion

Telefon 07142 / 403-410
Fax 07142 / 403-128
redaktion@bietigheimerzeitung.de

Kundencenter Öffnungszeiten

Montag – Freitag, 9.00 – 13.00 Uhr

Druck- und Verlagsgesellschaft Bietigheim mbH

Kronenbergstraße 10
74321 Bietigheim-Bissingen
www.bietigheimerzeitung.de



4 195295 302604

Overall zur Sicherheit



Im Rahmen seines Besuchs der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München schaut sich Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) das neue

mobile Labor des Instituts für Mikrobiologie an, das für feldtaugliche Diagnostik für biologischen Gefahren ausgelegt ist. Die Bundesregierung will mehrere Hun-

dert Millionen Euro in die Sanitätsakademie investieren – zunächst 500 Millionen, „langfristig werden das 800 Millionen sein“, sagte Pistorius. Foto: T. Hase/dpa

Umfrage: Ein Drittel für Özdemir als Ministerpräsident

BaWü-Check Der Grünen-Kandidat führt im direkten Vergleich – dennoch spricht im Rennen um den Posten des Regierungschefs vieles für die CDU. Von Roland Müller

Wer wird bei der Landtagswahl 2026 neuer Ministerpräsident in Baden-Württemberg?

Diese Frage wird mit dem Näherrücken der heißen Phase des Wahlkampfes zunehmend drängender. Geht es nach den Menschen in Baden-Württemberg, ist ihre Präferenz klar: 32 Prozent plädieren für Cem Özdemir (Grüne) als Nachfolger von Winfried Kretschmann, sein Hauptkonkurrent Manuel Hagel (CDU)

kommt auf 26 Prozent (25 Prozent wollen keinen der beiden, 17 Prozent sind unentschieden).

Selbst 21 Prozent der CDU-Wähler halten demnach den Grünen Özdemir für geeigneter. Das ist das Ergebnis des aktuellen „BaWü-Checks“, der repräsentativen Umfrage der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

Ein Fingerzeig für einen Grünen-Wahlsieg ist das allerdings keineswegs. Denn ähnlich wie viele andere Umfragen sieht auch die Allensbach-Erhebung einen deutlichen Vorsprung der CDU vor den Grünen: 33 Prozent der Befragten können sich vorstellen, die Christdemokraten zu wählen, die Grünen landen im Ranking bei 27 vor der AfD (23), der SPD (17), der Linken (11) und der FDP (9, Mehrfachnennungen waren möglich).

Dass Özdemir bei der persönlichen Präferenz Hagel aussteichen kann, ist dabei offenbar vor allem auf den Faktor Bekanntheit zurückzuführen: Während 79 Prozent der Menschen im Land wissen, wer Özdemir ist, kennen den Ehinger CDU-Spitzenkandidaten Hagel lediglich 20 Prozent. Bei Wählern, denen beide Kontrahenten ein Begriff sind, sprechen sich denn auch 44 Prozent für Hagel aus, der Wert Özdemirs kommt bei dieser Gruppe auf 36 Prozent.

Bei der Frage, was die wichtigsten Themen für die Landtagswahl im März 2026 seien, liegen in der Umfrage Innere Sicherheit und Schutz vor Kriminalität (57 Prozent) ganz vorn, gefolgt von Gesundheit (54), Wirtschaft und Zuwanderung (je 51).

Kommentar Südwestumschau

Während 79 Prozent der Menschen im Land wissen, wer Özdemir ist, kennen den Ehinger CDU-Spitzenkandidaten Hagel lediglich 20 Prozent. Bei Wählern, denen beide Kontrahenten ein Begriff sind, sprechen sich denn auch 44 Prozent für Hagel aus, der Wert Özdemirs kommt bei dieser Gruppe auf 36 Prozent.

Wie das passieren konnte, müsse aufgearbeitet werden, sagte Kretschmann. Für die Zukunft müsse man schauen, wie man das Personalverwaltungssystem aufstellen müsse, dass das System funktioniere. Dabei werde auch die Künstliche Intelligenz helfen. dpa

Südwestumschau

Kretschmann will Stellen schnell besetzen

IT-Panne Einstellung zum kommenden Schuljahr soll „allererste Priorität“ haben.

Stuttgart. Aus Sicht von Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat der Skandal um jahrelang nicht besetzte Lehrerstellen in Baden-Württemberg schwerwiegende Folgen. Es sei ein Fehler passiert, der höchst gravierend sei – vor allem für Schüler, Eltern, Lehrer und auch solche, die es werden wollten, sagte der Grünen-Politiker in Stuttgart. Für diese tue ihm das

sehr leid. Der Fehler sei aber auch gravierend, weil er das Vertrauen in einen funktionierenden Staat erschüttern müsse, so Kretschmann.

Man habe nun aber auch die Chance, die Stellen für das kommende Schuljahr zu besetzen, sagte Kretschmann. Er habe Bildungsministerin Theresa Schopper (Grüne) gesagt, dass die Besetzung zum kommenden

Schuljahr allererste Priorität habe.

Die Landesregierung hatte vergangene Woche einräumen müssen, dass wegen einer IT-Panne 1440 Lehrerstellen im Südwesten versehentlich nicht besetzt worden seien. Grund ist ein Softwarefehler, der bis auf das Jahr 2005 zurückgeht, wie das Kultusministerium und das Finanzministerium mitgeteilt

hatten. Dieser Fehler sei über all die Jahre unbemerkt geblieben.

Wie das passieren konnte, müsse aufgearbeitet werden, sagte Kretschmann. Für die Zukunft müsse man schauen, wie man das Personalverwaltungssystem aufstellen müsse, dass das System funktioniere. Dabei werde auch die Künstliche Intelligenz helfen. dpa

Südwestumschau

Obacht, ein Jura-Student!

Wer schon einmal in die Bredouille gekommen ist, Kindern erklären zu müssen, warum ein bestimmtes Thema ganz wichtig für das weitere Leben ist, kann schnell genervt reagieren. Für diese Situation gibt es zwei Tipps: Einmal an die eigene Schulzeit erinnern, als man selber mehr als einmal beim Büffeln für die Klassenarbeit gemault hat und ganz sicher keine klugen Verweise auf die Zukunft hören wollte. Und zweitens, die Kids mit einer tollen Vorbild-Geschichte erfreuen. Denn ein junger Jura-Student in Bayern

passte in den Schuld- und Arbeitsrechtsvorlesungen augenscheinlich besonders gut auf. Als ihm in seinem Nebenjob als Kellner fristlos gekündigt wurde, weil er einen Betriebsrat gründen wollte, zog er – mit 36 Klageanträgen – erfolgreich vor Gericht.

Nicht nur erhält er jetzt 100.000 Euro Schadenersatz für Verdienstausschlag, entgangenen Freikonsum, Trinkgeld sowie Waschkosten, Überstunden und Zeiten, in denen er nicht zur Arbeit eingeteilt wur-

de. Auch muss der ehemalige Arbeitgeber ihm sechs Monate bezahlten Urlaub erstatten und ein schriftliches Entschuldigungsschreiben verfassen, weil seine Argumentation im Kündigungsschreiben altersdiskriminierend sei, urteilte das Landesarbeitsgericht. Die Lehre aus dieser Geschichte: Man weiß nie, wann man etwas Erlerntes mal gebrauchen kann. Und: Besser nicht mit Jura-Studis anlegen. Jacqueline Westermann



FOTO: PETER STEFFEN/DPA

Kommentar

Axel Habermehl
zur Landtagswahl
2026



Das Ende einer Ära

Mit dem nahenden Abschied Winfried Kretschmanns (Grüne) als Ministerpräsident steht Baden-Württemberg vor einem politischen Umbruch. Kretschmann genießt partiübergreifend hohe Anerkennung, sein Abschied 2026 wird eine Lücke reißen. In der Landespolitik insgesamt, vor allem aber für seine Partei, die in der vergangenen Dekade vor Kraft oft kaum laufen konnte.

Zwar haben die Grünen das stärkere Zugpferd: Cem Özdemir ist viel bekannter als alle anderen Spitzenkandidaten. Trotzdem hat, Stand heute, der weithin unbekannte CDU-Mann Manuel Hagel die besseren Karten. Denn die Profile der Parteien und ihrer Kandidaten bedienen unterschiedliche Sehnsüchte: Özdemir punktet mit Erfahrung und Klimakompetenz, Hagel mit Bodenständigkeit und Wirtschaftsnähe. Dass er den Zeitgeist und die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft besser trifft, ist offenkundig.

Hagel liegt also vorne. Im Grunde kann sich die CDU nur selbst schlagen – entweder durch einen Fauxpas ihres Spitzenkandidaten oder indem die unions-geführte Bundesregierung die Bürger auf die Palme bringt. Doch selbst das dürfte Özdemir weniger nützen als der AfD. Baden-Württemberg steht vor dem Ende einer Ära.

Straftäter zurück in Irak

Migration Abschiebeflug bringt 43 Männer von Leipzig nach Bagdad.

Leipzig/Berlin. Vom Flughafen Leipzig ist am Dienstag ein Abschiebeflug in den Irak gestartet. Mit der Maschine mit dem Ziel Bagdad wurden 43 vollziehbar ausreisepflichtige Personen in den Irak gebracht, wie das Thüringer Migrationsministerium mitteilte. Thüringen hatte die Federführung bei der Aktion, weitere sieben Bundesländer seien beteiligt gewesen. 14 der Abgeschobenen hatten zuvor in Thüringen gelebt. Dabei habe es sich ausschließlich um alleinstehende Männer gehandelt, von denen einzelne strafrechtlich in Erscheinung getreten seien. dpa

Unesco USA treten aus Organisation aus

Washington. Die USA treten erneut aus der Unesco aus. Die Mitgliedschaft in der UN-Bildungs- und Kulturorganisation sei „nicht im nationalen Interesse“ des Landes, erklärte das Außenministerium in Washington am Dienstag. Bereits während der ersten Amtszeit von Präsident Donald Trump waren die USA vorübergehend aus der Unesco ausgetreten. Unesco-Chefin Audrey Azoulay zeigte sich enttäuscht über den erneuten Rückzug der USA. afp

Klimaschutz Ziele für 2040 gefährdet

Berlin. Deutschland droht seine Klimaziele ab 2040 zu verfehlen. Das geht aus dem Klimaschutzbericht 2025 der Bundesregierung hervor, den das Bundeskabinett in den kommenden Wochen beschließen soll. Für den Zeitraum bis 2030 sei Deutschland dagegen auf Kurs. Probleme sieht der Bericht aber in den Sektoren Gebäude und Verkehr, die separat betrachtet auch in den kommenden Jahren bis 2030 die Ziele zur Treibhausgasminde rung verfehlen. dpa